

Pandemische Verhältnisse und nationalisierte Solidarität in der Migrationsgesellschaft

Sektionsveranstaltung der Schwesternorganisation der ÖGS „Migrations- und Rassismusforschung“ und der DGS „Migration und ethnische Minderheiten“ auf dem gemeinsamen Soziologiekongress der DGS und ÖGS in Wien, 23.-25. August 2021

Die Covid-19-Pandemie ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedingung in den globalen Wirtschaftsverflechtungen und der internationalen Mobilität liegt. Die Reaktionen auf die Pandemie sind jedoch fast durchgehend national. Im Wettlauf um die Impfstoffproduktion etwa wurden von den Ländern des globalen Nordens Exporte eingeschränkt und versucht Ressourcen zu monopolisieren.

Nicht nur der Wettlauf um den Impfstoff, sondern auch die Aufrufe zu Solidarität, die besonders zu Beginn der Pandemie laut waren, wurden in erster Linie national gefasst: In Österreich etwa galt er ausschließlich jenen, die sich als Österreicher_innen verstanden. Es galt nicht jenen, die hier oder anderswo kein Zuhause haben, und nicht jenen, die aus unterschiedlichsten Gründen an ihrem Wohnort keine Staatsbürger_innen sind.

Die Pandemie führt die grundsätzliche Verletzlichkeit menschlichen Lebens und das Aufeinander-Angewiesen-Sein vor Augen, vor deren Hintergrund Solidarität zur Bedingung jeglicher menschlichen Existenz wird. Gleichzeitig zeigt die Pandemie, dass wir alle nicht gleichermaßen auf einander angewiesen sind. Anstatt diese Krise jedoch als Chance zu sehen, das gemeinsame, sorgende und solidarische Bewohnen dieses Planeten neu zu denken, wird stattdessen von der Rückkehr zur alten Normalität geträumt.

Gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie formiert sich der Widerstand einer wachsenden Minderheit, die sich Verschwörungstheorien, rechtsradikalen und rassistischen Parteien und Strömungen zugeneigt fühlen. Die Forderung nach individueller Freiheit verdeckt hier spiegelverkehrt zu individualisierten, privatisierten Verantwortung von Seiten der Regierenden jegliche Möglichkeit einer wirksamen solidarischen und transnationalen Pandemiebekämpfung. In der Nationalisierung der Solidarität decken sich jedoch die Coronaleugner_innen mit den Regierungsmaßnahmen.

Obwohl die Vorschriften zur Covid-Eindämmung und des social distancing fundamental virale-soziale Bewegungen erschwert, organisieren zeitgleich solidarische Initiativen, aktivistische und unterstützende Aktivitäten für die Rechte von Geflüchteten und Migrant_innen etwa in Protesten gegen Push-Backs, Abschiebungen und gegen die Kriminalisierung vom Kampf um Bewegungsfreiheit von nicht nur manchen, sondern allen.

Anschließend an diese Kämpfe fragt das vorgeschlagene Panel nach Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen (trans-)lokaler und transnationaler Solidarität vor dem Hintergrund der Pandemie und der mit ihr zusammenhängenden politischen Verschiebungen.

Wir laden dazu theoretische und empirische Beiträge ein, die sich mit Fragen wie den folgenden auseinandersetzen:

- Welche transnationalen und postkolonialen Verhältnisse lassen sich angesichts der Gesellschaft und Politik in Zeiten der Pandemie analysieren?
- Wie hat die Pandemie das Europäische Grenzregime verändert? Und was setzt sich ungebrochen in Diskursen und Praktiken der Regierung der Migration unabhängig von der Coronakrise fort?
- Wie hängt die Sorge um die Bevölkerung mit dem Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen zusammen? Wie steht es um das Verhältnis zwischen Bio- und Nekropolitik im europäischen Grenzregime in pandemischen Zeiten der postkolonialen Gegenwart?
- Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf Menschen an und vor den EU-Außengrenzen sowie auf migrantische Arbeitskräfte innerhalb der EU?
- Welche Diskurse, Affekte, Regierungsweisen und Ausbeutungsmechanismen spielen in pandemischen Verhältnissen eine Rolle, in denen die Solidarität und der Zusammenhalt beschworen werden?
- Welche Möglichkeiten gibt es, die durch die Pandemie ausgelöste Krise für transnationale wie lokale Formen der Solidarität zu nutzen, die auf der weltumspannenden Erfahrung beruhen, aufeinander angewiesen und einander ausgesetzt zu sein?

Abstracts von bis 300 Wörter können bis zum **26. April 2021** an Niki Kubaczek (kubaczek@eipcp.net, ÖGS Sektion für Migrations- und Rassismusforschung), Nadja Milewski (nadja.milewski@bib.bund.de, DGS Sektion Migration und ethnische Minderheiten) und Monika Mokre (Monika.Mokre@oeaw.ac.at, Österreichische Akademie der Wissenschaften) geschickt werden. Die Auswahlentscheidung wird bis zum 29. April 2021 getroffen.